

25. IV. 1916

## Das amerikanische Volk über die Note.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Amsterdam, 24. April.

Die „Morning Post“ erfährt unter dem 20. aus Washington: Enthusiasmus über einen Krieg mit Deutschland gibt es im ganzen Lande nicht, weder in der Presse noch in der Öffentlichkeit. Senator Stones, im Repräsentantenhaus gesprochene Worte „you look as sad, as I feel“ drücken genau die Gesamtstimmung des Landes aus. Wilson wird von der deutschen Presse Amerikas bitter und scharf angegriffen. „St. Louis Amerika“ sagt, Amerika werde durch einen Krieg eine englische Kolonie werden und seine Unabhängigkeit verlieren. Roosevelt greift Wilson wegen seiner bisherigen Haltung an, die veranlaßt habe, daß Amerika in Deutschland nicht ernst genommen wurde. Bryan ist bemüht, das Aeußerste zu verhüten. Von den Mitgliedern des Kongresses greifen bisher besonders die folgenden drei Wilson offen an: der Führer der Republikaner im Repräsentantenhaus Mann, der sagt: Wilson will das Land in einen Krieg treiben um seiner eigenen politischen Zwecke willen und weil er die Deutschen haßt; Senator Smith aus Michigan, ein Republikaner, der Wilson Mangel an Voraussicht und Torheit vorwirft, und Senator Boardman aus Mississippi, ein Demokrat, der Wilson unneutral nennt, weil er England bevorzuge. Vieles lassen sich die andern englischen Blätter melden. Alle enthalten sich jeglicher reaktionellen Besprechung ihrer Berichte.

New York, 22. April.

Funzipruch des W. T. B.

Die amerikanischen Zeitungen geben mit wenigen Ausnahmen der Meinung Ausdruck, daß das Land sich hinter Präsident Wilson stellen müsse, wobei sie betonen, daß die Entscheidung jetzt bei der Berliner Regierung liege.

„New York Globe“ schreibt: In einer Sprache, die fest aber höflich ist, deutlich ist, aber unnötige Drohungen vermeidet, hat Wilson Deutschland mitgeteilt, daß die Beziehungen unseres Landes mit ihm aufhören müssen, wenn die völkerrechtswidrige Unterseebootkriegführung fortgesetzt wird.

„New York Evening Mail“ sagt: Wenn jetzt der Kongreß nicht eingreift, so gibt es Krieg. Der Unterseebootkrieg wird durch unser Vorgehen nicht gemildert, sondern verschärft werden, denn mit dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen werden alle Versprechungen hinfällig, die Deutschland uns gegeben hat. Wenn englische Schiffe weiter torpediert werden und Amerikaner sich weiter auf ihnen befinden sollten, dann muß es Fälle geben, in denen das Leben von Amerikanern zu beklagen sein wird. Präsident Wilson wirft hiermit gleichzeitig mit unseren diplomatischen Beziehungen die Möglichkeit der Ausklärung, Entschuldigung und Entschädigung beiseite.

„New York World“ meint: Deutschland kann mit den Vereinigten Staaten freundschaftliche diplomatische Beziehungen aufrecht erhalten, wenn es Wert darauf legt. Deutschland kann Frieden mit den Vereinigten Staaten haben, wenn es Wert auf Frieden legt. Das Ultimatum Wilsons ist keine Drohung, es ist eine Warnung, die die Bedingungen umschreibt, unter denen die diplomatischen Beziehungen fortgesetzt werden können.

„Washington Post“ erklärt: Angesichts des gerechten Verlangens, daß die deutschen Unterseeboote nicht länger in so unterschicksloser Weise verwendet werden sollen, daß sie amerikanische Fahrgäste in Gefahr bringen oder ums Leben bringen, ist es keine Frage und es kann gar kein Zweifel sein, daß Deutschland anerkannt wird, daß dieses Verlangen berechtigt ist. Deutschland muß als unser Freund solche Maßnahmen vermeiden, die amerikanisches Leben zugrunde richten. Deutschland hat gezeigt, daß es keinen Krieg mit den Vereinigten Staaten sucht. Zweifellos wird es jetzt dafür sorgen, weitere Ursache zu Mergernis zu vermeiden. Das würde eine Aenderung der Methoden, nicht eine Aufgabe der Verwendung von Unterseebooten bedeuten.

In der „Philadelphia Press“ heißt es: Deutschland hat noch einmal Gelegenheit, sein Vorgehen zu ändern. Unser Land will keinen Krieg mit irgend einem Volke; wenn er uns aber ausgenutzt wird, so werden wir ihn aufzunehmen und mit aller zur Verfügung stehenden Kraft und Energie zu führen haben.

Im „Philadelphia Public Ledger“ steht: Es wird keinen Krieg geben, es sei denn, Deutschland wäre entschlossen, ihn herauszubeschwören.

Im „Boston Traveller“ liest man: Es ist immer noch möglich, daß Deutschland in der Erkenntnis, daß eine richtige Beweisführung gegeben worden ist, gegen seinen Willen gezwungen sein wird, das zu tun, was es in allen Ehren und mit Anstand gern tun sollte.

„Bridgeport Telegram“ behauptet: Wenn wir eine Krise haben, so ist es eine Krise, die ihren Ursprung in Deutschland hat.

„Anaconda Standard“ schreibt: Man kann noch Hoffnung haben, daß der Bruch mit Deutschland vermieden werden kann, wie es bisher der Fall gewesen ist. Die Herausforderung war sehr stark und die Geduld des Präsidenten Wilson und der amerikanischen Regierung erstaunlich, aber diese Geduld ist nicht unerschöpflich.

„Butte Evening Post“ erklärt: Es gibt noch genug Gelegenheit, zu einer billigen und gerechten Verständigung zwischen Berlin und Washington zu gelangen. Wir glauben, daß es, wie die Lage auch aussehen mag, aufrechte amerikanische Bürger geben wird, und zwar nicht wenige, die sich taum enthalten werden, die Frage aufzuwerfen: Wenn Präsident Wilson einmal dabei ist, warum spricht er zum Kongreß, wenn er persönlich dort erscheint, nicht auch über unsere Beschwerden gegen England und warum sagt er nicht gerade heraus, daß er erklären wird, daß die Londoner Regierung das eine oder das andere tun muß.

Im „Wisconsin Republican“ heißt es: Das amerikanische Volk wünscht keinen Krieg mit Deutschland, und wir glauben nicht, daß Deutschland einen Krieg mit den Vereinigten Staaten

wünscht. Wir haben das Gefühl, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern verbessert würden, wenn sie zu einer aufrichtigen Verständigung gelangten.

„New Orleans Times-Picayune“ meinen: Nicht Amerika ist schuld an dem Streite. Seine friedliche Beilegung ist noch leicht. Deutschland kann ohne Selbsterniedrigung oder Preisgabe irgendwelcher nationaler Rechte oder einer rechtmäßigen Waffe die Versicherungen, die es bereits gegeben hat, wahr machen und einen Bruch vermeiden.

Im „El Paso Herald“ heißt es: Abgesehen von unbedingten Parteigängern der Alliierten wird der Abbruch der diplomatischen Beziehungen in weiten Kreisen gebilligt werden, namentlich von solchen Leuten, die sich um die Folgen nicht kümmern und einen beschränkten Gesichtskreis haben; aber nur durch eine wohlüberlegte Agitation kann die Mehrheit des amerikanischen Volkes zur Billigung eines Krieges mit Deutschland unter den gegenwärtigen Verhältnissen gebracht werden.

Im „San Francisco Chronicle“ liest man: So ernst die Umstände sind, so rechtfertigen sie doch nicht einen Krieg. „New York American“ schreibt: Wir glauben nicht, daß unser Land in den europäischen Krieg eingreifen sollte. Wir sind vollkommen sicher, daß die überwiegende Mehrheit des amerikanischen Volkes unserer Meinung ist.

In einem weiteren Artikel betont „Evening Mail“, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika den Krieg bedeuten würde, und sucht damit dem offensibaren Wunsche Washingtoner Kreise, die Folgen eines diplomatischen Bruches zu verkleinern, entgegenzutreten.

Der New Yorker „Tribune“ wird aus Washington gemeldet: Ein einziger weiterer Fall völkerrechtswidrigen Angriff auf irgendein Schiff, sei es eines Kriegführenden oder Neutralen, ob sich Amerikaner an Bord befinden oder nicht, nachdem Deutschland Zeit gehabt hat, seinen Unterseebootkommandanten neue Anweisungen zu übermitteln, wird den Abbruch aller Beziehungen bedeuten. Das ist die Ansicht in Washington über Wilsons Adresse an den Kongreß und seine Note an die Regierung in Berlin.

## Stimmen aus der Schweiz.

Drahtmeldung.

Bern, 22. April.

Die „Berner Tagwacht“ hebt die in Wilsons Worten zu Tage tretende Geringschätzung und unverhüllte Drohung hervor und stellt dem amerikanischen Protest gegen Deutschland den amerikanischen Protest gegen England gegenüber, das auf die elementarsten Regeln der Humanität pfeife und mit den Neutralen in einer Weise umspringe, die ein Schand auf jeden völkerrechtlichen Grundsatz sei. England gegenüber sei der Ton immer sanfter. Noch auffälliger sei es, daß die englischen Weigerungen, die amerikanischen Forderungen zu berücksichtigen, stets seelenruhig hingenommen würden. Deshalb sei es wohl nicht zuviel gesagt, wenn man Wilsons Drohungen weit mehr von der Sorge um das bedrohte amerikanische Lieferungs-geschäft an den Bierverband ausgehend bezeichne, denn von der Absicht, dem Völkerrecht Achtung zu verschaffen. Die „Neuen Zürcher Nachrichten“ schreiben: Die ganze Welt scheint sich gegen die Mittelmächte aufzulehnen, aber auch das vermag dem guten Rechte, für das sie streiten, keinen Eintrag zu tun, auch nicht den Sympathien für sie.

## Die schweigende holländische Presse.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Amsterdam, 24. April.

Die holländischen Blätter geben die amerikanische Note in ihrem vollen Umfang und mit ausgiebigen Kommentaren aus deutschen Zeitungen aller Richtungen wieder. Sie selbst enthalten sich jeder Meinungsäußerung.